Alhambra Zeitung & Programm Mai+Juni 08

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

INHALT

Editorial 1
Kurzmeldungen 2

repression
Hausdurchsuchung im Alhambra 4

re: homestory
Kulturkampf oder was? 6

antimilitarismus
Gipfel der Repression 9

internationalismus
Newroz piroz be 12

kultur
Ankündigungen 18
Malen nach Zahlen! 21

Editorial

Trotz Hausdurchsuchung und Renovierung des Computerraums im Alhambra ist die Mai/Juni- Ausgabe der Alhambrazeitung herausgekommen. Ein bisschen dünner als sonst, aber dafür gibt es bald einen umso schickeren neuen Computerraum. „Glaubt bloß nicht das wir heulen", dass es jetzt ganz neue und bessere Rechner gibt, haben Staatsanwaltschaft und Bullen nun davon, dass sie das Alhambra nicht in Ruhe lassen.

Der Jubiläumsmonat Mai ist voll mit Veranstaltungen im Alhambra. Kommt vorbei! Wir freuen uns darauf mit vielen Leuten einen revolutionären Mai zu organisieren und zu feiern.

Angeeignete Lagerführung

Oldenburg/Blankenburg Am 2. April 2008 machten sich 27 Schüler_innen mit Fahrrädern und einem Bulli auf den Weg zum Flüchtlingslager Blankenburg. Dort erwartete sie offiziell eine Führung von Lagerleiter Lüttgau und dem Chef des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge durch das Lager. Diese Führung war den Schüler_innen angeboten worden, da Lüttgau am 17. Januar 2008 drei Schüler_innen den Besuch von Freund_innen in Blankenburg verweigerte. Um aber nun zu vermeiden an einer beschönigenden Führung durch das Lager teilzunehmen, trafen sich die Schüler_innen im Vorfeld mit einigen Flüchtlingen und organisierten den Tag der Führung so, dass sich immer wieder Kleingruppen abspalteten und sich mit Flüchtlingen in verschiedenen Zimmern trafen, während die offizielle Führung weiter lief. Nicht alle Kleingruppen konnten sich von der Führung lösen, aber insgesamt ist es vielen gelungen einen wirklichen Einblick in das Lager zu bekommen. Mit vielen Fotos wurden die Erfahrungen einige Tage später bei einer Infoveranstaltung im ‚3.Welt'-Informationszentrum und Laden weitergegeben.

Sexismus angreifen

Oldenburg Zum Weltfrauenkampftag am 8. März verübten einige Aktivist_innen einen Farbeianschlag auf den Sexshop ‚Orion' an der Stedingerstraße unweit des Alhambras. Die Leuchtreklame wurde mit Farbe eingedeckt und die Rolläden mit ‚Sexismus angreifen' bemalt. Wiederum andere Aktivist_innen nahmen gut einen Monat später den gelungen Anschlag zum Anlass in einer erneuten Nacht- und Nebelaktion die Videokameras des gleichen Sexshops zu demontieren und ebenfalls die Rolläden mit einer antisexistischen Parole zu bemalen. Wir sind gespannt was weiter passiert...

Sachsenwehr

Sachsen Seit dem 21. Dezember 2007 finden Passkontrollen unter anderem an Grenzen zwischen der tschechischen Republik, Polen und Deutschland nicht mehr flächendeckend statt. Am 21. Dezember wurde der so genannte Schengen-Raum um neun Länder erweitert. Die sächsische Landesregierung versucht nun durch mobile Streifen an der 560 km langen Ostgrenze des Bundeslandes „das subjektive Sicherheitsgefühl" der Bürger_innen zu steigern. Da sich klischeebehaftete Angst vor „Illegalen, Schleuserbanden und Autodieben" in Sachsen verbreitet, verkaufen sich immer mehr Alarmanlagen. Dazu gibt es jetzt eine Bürgerinitiative von übermotivierten Rentner_innen, die zwischen Reihenhäusern patrouillieren. Die Polizei hat daraufhin reagiert und eine ‚Sicherheitswacht' gegründet, in der Bürger_innen nach einem kurzen Ausbildungsworkshop mit Dienstausweis, Funkgerät und Pfefferspray ‚ihre' Ostgrenze sichern dürfen.

Widerstand im Flüchtlingsheim Katzhütte

Katzhütte Seit Februar 2008 protestieren die Flüchtlinge im Asylbewerber_innenheim Katzhütte gegen die unmenschlichen Lebensbedingungen. Sie kritisieren ihre Unterbringung

aufgrund der Beschränkung der Nutzungszeiten von Küche und Bad, den schimmeligen Wänden und die entwürdigende Behandlung der Heimleitung. Sie richten sich grundsätzlich gegen die rassistische Praxis der Behörden und fordern eine dezentrale Unterbringung. Verschiedene Gruppen, wie beispielsweise die Flüchtlingsselbstorganisation ‚The Voice' unterstützen den Kampf der Flüchtlinge um die Schließung des Heims.

Neben Kundgebungen, Gesprächen und Öffentlichkeitsarbeit fand auch ein Treffen zwischen Flüchtlingsaktivist_innen aus verschiedenen Lagern in Deutschland, unter anderem auch Blankenburg, statt.

Internationale Freiraumtage

Erde Im Rahmen der internationalen Freiraum-Aktionstage kam es am 11. und 12. April weltweit zu kreativen Aktionen, um der Notwendigkeit von linken autonomen Freiräumen Nachdruck zu verleihen. In mehreren Städten kam es zu Reclaim the Street's, (Kurzzeit-) Besetzungen, Parties, Demos, Critical Mass und anderen kleinen Aktionen. Besonders hervorzuheben sei hier die mit etwa 1 000 TeilnehmerInnen größte Reclaim the Streets-Party im sonst nicht gerade als linke Hochburg bekannten Köln. Auch im Nordwesten kam es zu ein paar kleineren Aktionen. So fand am Abend bzw. in der Nacht des 11. April eine Party in einem leerstehenden Haus in Bremen statt. Am Tag darauf kamen dann zwischen 50 und 100 Menschen auf dem Bremer Marktplatz zusammen, um dort unter Zuhilfenahme mehrerer Sofas und anderer Einrichtungsutensilien auf ihre Belange aufmerksam zu machen. In Oldenburg kam es am selben Tag schließlich zu einem Radioballett, an dem sich 50-60 Menschen beteiligten, um damit den Kommerzwahn in der Oldenburger City zu kritisieren.

Hungerrevolten

Erde Die rasant steigenden Preise für Grundnahrungsmittel wie Reis, Mais und Getreide führen in vielen Teilen der Welt zu Revolten. Sogar IWF und die Weltbank geben sich besorgt, dass die steigende Zahl von Hungernden die politische Stabilität vieler Länder gefährdet. Den Auftakt bildeten die starken Proteste vor gut einem Jahr in Mexiko, als die Preise für Mais so stark stiegen, dass sich viele Menschen ihre Tortillas kaum noch leisten konnten. Doch derzeit kommt es in vielen Ländern zu Aufständen und Protesten, wegen steigender Lebensmittelpreise. In Haiti führten die Hungerunruhen der letzten Tage zur Absetzung des Ministerpräsidenten, in Ägypten mündete ein Generalstreik in heftige Zusammenstöße mit der Polizei. Proteste gibt es auch schon in Bangladesh, Philippinen, Indien, Indonesien, Argentinien, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Haiti, Honduras, Jemen, Kamerun, Marokko, Mauretanien, Mosambik, Peru, Senegal und andere.

Hausdurchsuchung im Alhambra

Am Dienstag, den 18. März 2008, wurde das Alhambra in Oldenburg durchsucht. Anlass war ein anonymer Gästebucheintrag auf den Internet-Seiten des „Aktions- und Kommunikationszentrums". Auf diesen wurde angeblich Anfang Januar zu einer Straftat gegen rechte Gruppierungen aufgerufen.

Die etwa 20 PolizeibeamtInnen verschafften sich Zutritt zum Gebäude und beschlagnahmten alle Computer und einen Server; angeblich um zu ermitteln, von wo der anonyme Eintrag stammt. Zudem filmten die BeamtInnen während der Durchsuchung, die anwesenden Personen und die Räumlichkeiten des Alhambra. Solidarischen NutzerInnen wurde der Zutritt zu den Räumlichkeiten verweigert.

Den ermittelnden BeamtInnen sollte klar sein, dass die Internet-Seiten über einen Internet-Provider ins „Netz" gestellt werden. Wenn überhaupt, liegen nur dort die gesuchten Daten. Doch bis zum 20. März wurde keine Anfrage durch Behörden an den Provider gestellt, um die gesuchten Daten zu erheben. Dies bestätigte ein Mitarbeiter des Providers, in einem Gespräch mit der „TAZ". Die im Alhambra aufgestellten Rechner zu beschlagnahmen sei sinnlos: „Der Beitrag hätte von jedem beliebigen Internetanschluss aus verfasst werden können".

Staatsanwältin Wilken kommentierte die Durchsuchung mit den Worten: „Wenn man gedacht hätte, man könne da gar nichts finden, dann hätte man das nicht durchsucht." Wenn das das Kriterium ist, ist dieser Ausspruch ein Freifahrtschein für die Durchsuchung eines jeden Haushalts. Mensch wird schon fündig werden, wenn nur gesucht wird. Außerdem wollte Staatsanwältin Wilken den genauen Gästebucheintrag nicht preisgeben.

Dies erweckt den Anschein, dass der anonyme Gästebucheintrag nur als Vorwand für die Hausdurchsuchung genutzt wurde. Es handelt sich nicht um einen klassischen Ermittlungsvorgang, sondern um die Durchleuchtung von Kommunikations- und Informationsstrukturen. Außerdem bedeutet die Beschlagnahmung der Computer eine konkrete Schwächung der täglichen politischen und kulturellen Arbeit des Alhambra.

Die Hausdurchsuchung reiht sich ein in die Kriminalisierungs- und Einschüchterungsversuche der vergangenen Jahre. Zahlreiche Menschen wurden kriminalisiert, weil sie beispielsweise an Aktionen gegen Infostände der NPD, Naziaufmärsche, Kameraüberwachung, die menschenunwürdigen Verhältnisse im Abschiebelager Blankenburg protestierten oder an der 1. Mai Demonstration teilnahmen. Die Hausdurchsuchung des Alhambra ist ein weiterer Schlag gegen linke und soziale Organisierung in unserer Stadt.

Daher versammelten sich, bereits am Mittwoch, den 19. März an die dreihundert Menschen in der Oldenburger Innenstadt, um spontan gegen die Hausdurchsuchung des Alhambra zu protestieren. Doch auch diesen Protest versuchte die Polizei zu unterbinden. Die BeamtInnen versuchten immer wieder die DemonstrantInnen zu stoppen: Es wurden Schlagstöcke eingesetzt und Faustschläge verteilt. Mehrere TeilnehmerInnen wurden verletzt. Dennoch setzte die Demonstration ihre eigene Route durch. Neben solchen öffentlichen Aktionen, versucht ein Rechtsanwalt die Rechtswidrigkeit der Hausdurchsuchung zu beweisen.

Am Samstag, den 22. März fand eine weitere Demonstration in Oldenburg statt. 300 TeilnehmerInnen protestierten gegen die Hausdurchsuchung. Bereits im Vorfeld hatte die Polizei den Lautsprecherwagen gekidnapt. Fahrer und Auto hätten angeblich "Zeichen und Weisungen der Polizei" (Polizeibericht) missachtet. Daher sei "eine Verkehrsordnungswidrigkeitenanzeige" angefertigt worden. Auch einige Geschäfte reagierten panisch und wollten gleich ihr Geschäft für die Zeit der Demonstration schließen.

Die Polizei verhinderte durch ihr Konzept, dass die Demonstration in der Innenstadt statt finden konnte. Schließlich wurden die Eingänge zur Innenstadt durch Polizeifahrzeuge, PolizistInnen und Kampfhunden versperrt. Den Demonstrant_innen wurde auf diese Weise eine Demonstration in der Innenstadt, auf die viel mehr Menschen aufmerksam geworden wären, verunmöglicht. Dennoch fand eine kraftvolle Demonstration um den Innenstadtring bis zum Alhambra statt.

Am darauf folgenden Freitag, den 28.03.2008 machten sich einige "Computer" auf Weg in die Räumlichkeiten der Staatsanwaltschaft Oldenburg, um auf die Hausdurchsuchung aufmerksam zu machen. Die "PCs" machten in der gut besuchten Kantine auf ihr Anliegen aufmerksam und verabschiedeten sich mit der Parole: "Freiheit für alle politischen Computer!". Am Sonntag, den 30. März gab es einen großen Infostand in der Innenstadt in Oldenburg, bei dem auf die Hausdurchsuchung aufmerksam gemacht wurde.

Neben all diesen Aktionen findet auch juristisch eine Auseinandersetzung statt. Wobei auch dem Richter sehr schnell klar geworden ist, dass er wohl etwas unterschrieben hat, wovon er keine Ahnung hat. Die Computer sind am 4. April wieder zurückgebracht worden. Die Daten sind gespiegelt worden und liegen – zumindest angeblich – versiegelt bei den Behörden.

Mittlerweile hat das Landgericht entschieden ein Gutachten anfertigen zu lassen, aus dem hervorgehen soll, ob auf den Computern überhaupt die gesuchten Daten gefunden werden können. Nur dann soll nach genau diesen Daten gesucht werden, andernfalls sollen die Daten vernichtet werden.

Auch den Landtag hat die Durchsuchung beschäftigt, sowohl GRÜNE als auch DIE LINKE haben eine Stellungnahme der Landesregierung gefordert.

KULTURKAMPF ODER WAS?

Einige Überlegungen zum Text „Identitätszugehörigkeit statt soziale Bewegung?" der Alhambra-Zeitungs-Redaktion.

Mit Freude und auch Ernüchterung (weil sie viele Probleme auf den Punkt gebracht hat) habe ich die homestory in der letzten Alhambra-Zeitung gelesen. Ich finde zwei Punkte besonders wichtig, die die Redaktion hervorgehoben hat: Erstens die Frage der Wirkung der „linken Szene" nach außen, und ob die eher positiv – weil politisierend – oder negativ – weil abschreckend – zu bewerten ist. Zweitens die Diskussions- und Konfliktkultur innerhalb dieser Szene selbst.

Ich würde mich auf jeden Fall außerhalb der Szene verorten, obwohl ich mit vielen vertretenen Positionen und einigen Praxen durchaus sympathisiere oder sie selbst aktiv unterstütze. Ich will hier niemanden anklagen und meine auch noch nicht mal die Oldenburger Szene im speziellen.

Die Existenz der „linken Szene" an sich birgt politische Probleme, weil hier Ein- und Ausgrenzungen vorgenommen werden, die nicht in erster Linie politisch begründet sondern über identitäres, kulturelles Dazugehören funktionieren. Dieses Dazu- oder Nicht-Dazugehören ist dabei weniger Ausdruck einer politischen Haltung als einer kulturellen Distinktion, also einer sich vor anderen auszeichnenden praktischen Untercheidung.

Die Verknüpfung von Politik und Kultur, wie sie in einigen linksradikalen Zusammenhängen praktiziert wird, finde ich problematisch – weniger weil ich kulturelle Praxen für unpolitisch halte sondern eher, weil jene oftmals Voraussetzung für politisches Agieren, den Einstieg und Zugang zu entsprechenden Gruppen und „inneren Zirkeln" bilden. Hier überschneiden sich politische und kulturelle Momente derart, dass nicht mehr zu differenzieren ist, was nun politische Praxis und was bloßer „Lifestyle" ist. Heraus kommt, dass ein Teil der linksradikalen Szene – anders als verbal behauptet – nicht auf die Verankerung in „Massenkämpfen" (mit allen ihren Widersprüchen) setzt, sondern sich in kulturelle Szeneselbstgefälligkeit zurückzieht. Die Formulierung einer Strategie, wie aus einer Minderheiten- eine Mehrheitenposition geschaffen werden kann, wie gesellschaftliche Kräfteverhältnisse nach links verschoben werden können, findet fast nicht statt.

Die Vorstellung, selbst eine spezifisch linke Kultur jenseits sexistischer, rassistischer und kapitalistischer Strukturen zu praktizieren, konstituiert letztlich die Szene und hält sie zusammen – entspricht diese Vorstellung aber der Wirklichkeit? Lässt sich die Abgrenzung zu einem kommerziellen oder unpolitisch-affirmativen Mainstream überhaupt durchhalten? Und bietet sie wirklich politische Alternativen so an, dass sie als Sozialisationsfaktor in die Breite politisierend wirkt? Oder zieht die linke Szene nicht gerade deshalb an, weil sie eine Minderheitenposition vertritt, was auch eine Erhebung über die Masse verspricht? Gefällt sich die linke Szene also in ihrer relativen Marginalität, wirkt so anziehend auf eine Minderheit von Leuten, die dadurch „anpolitisiert" werden können, dass die große Masse abgestoßen wird? Wird somit also die eigene Minderheitsposition stets wieder reproduziert?

Es erscheint oft selbstverständlich, dass Linksradikalität in der Szene verortet sein muss – und sonst nirgends. Ich würde bezweifeln, dass es – wie die Redaktion implizit nahelegt – diesen einen linken Lifestyle oder gar eine linksradikale Identität überhaupt gibt. Warum ist eine linksradikale Position nicht denkbar, die bewusst darauf verzichtet, sich über kulturelle Besonderheiten zu identifizieren? Gerade auch in Bezug auf politische Bündnispartner – von Gewerkschaften, Basisorganisationen, Stadtteilgruppen bis Parteien wie

„Die Linke“ – sorgt vor allem diese „politische Kultur“ (zugegebenermaßen wohl auf beiden Seiten) für Irritationen, weil mensch sich vielleicht mit dem „bärtig-bierbäuchigen Gewerkschafter“ mit Sozi-Slang nicht versteht und ihm Populismus und Schlimmeres vorwirft. Ob nicht gerade aber die Arbeit linker Gewerkschafter (ob radikal oder nicht) momentan, also angesichts einer Zunahme tariflicher Auseinandersetzungen und Streiks, wesentlich mehr zur Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse beitragen könnte als eine ach so politisch korrekte Haltung, die den sozialintegrativ-reformistischen DGB per se ablehnt, sollte zumindest doch mal bedacht werden.

Die Vorstellung einer im hier und jetzt befreiten linken (Kultur)Praxis, auf der ja die Argumente für die Szene letztlich fußen („Freiräume-Debatte“), könnte theoretisch mit Allgemeinplätzen totgeschlagen werden wie dem, dass es eben kein richtiges Leben im Falschen gibt, also auch die eigene vermeintlich emanzipative Position relativiert werden muss – was ja auch auf z.B sexistische Strukturen innerhalb der Szene verweist. Mensch kann aber auch einfach die Avantgardehaltung kritisieren, die eben einen Bruch setzt zwischen all denjenigen, die es „gecheckt“ haben und den „Anderen“, die reaktionär, unpolitisch oder reformistisch-sozialdemokratisch etc. agieren. So funktioniert letztlich eine pesudoradikale Haltung, die sich in der richtigen Einstellung gefällt und die eigene gesellschaftliche Wirkungslosigkeit fast schon freudig bis schicksalhaft oder als Einsicht in die Notwendigkeit hinnimmt.

Zugegeben sind diese Argumentationen vereinfachend und treffen längst nicht auf alle zu, die sich in der linken Szene bewegen. Mir geht es hier eher um Szenestrukturen, die zu abstrakt-radikalen Haltungen führen. Wobei wir beim zweiten Punkt wären: „Natürlich“ wissen wir alle, dass das Kapitalverhältnis abgeschafft werden muss, das Heteronormativität und patriarchale Strukturen ebenso wie Rassismen auf allen Ebenen bekämpft werden müssen. So weit so allgemein. Wenns dann aber um konkrete Einschätzungen von Verhältnissen oder politische Strategien und Taktiken

geht, ist längst nicht mehr „alles klar“. Und da fängt das von der Redaktion skizzierte Problem an – was aber eben auch mit dem eigentümlich konformistischen Nonkonformismus der Szene zu tun hat, dass eben nur die richtigen Codes bedient werden müssen, um dazu zu gehören. Das führt einerseits zur Vermeidung von Argumentationen und zum Ausweichen vor Kontroversen, andererseits zur schroffen und abstrakten Ablehnung „falscher“ Ansichten – zu „Verbalradikalismus“.

Meiner Ansicht nach müsste es im linken Diskussionszusammenhang nicht um das Vertreten einer „richtigen“ Position, sondern um einen offenen Meinungsstreit gehen, der Differenzen akzeptiert, aber nicht durch Ausschlüsse zementiert. Ein Grundkonsens ist dabei wohl notwendig, um politisch handlungsfähig zu sein – wie weit oder eng dieser gezogen wird, mithin: welche Bündnispartner gewonnen werden sollen, ist aber nicht von vornherein oder prinzipiell zu entscheiden. Letztendlich geht es auch um die Vorstellung darü-

ber, was „Politik“ eigentlich sein soll. Ist nur die Aktion oder ein Standpunkt politisch, oder ist es nicht auch schon die Art der Auseinandersetzung?

Die hemmende Angst, nicht den richtigen Standpunkt zu vertreten, muss nicht nur durch mehr Grundsatzdiskussionen verscheucht werden, die dann eben den richtigen Standpunkt klären, sondern auch durch das Zugeständnis, dass es eben gar nicht die eine richtige linksradikale Meinung gibt, und dass Differenzen ausgesprochen und (bis zu einem gewissen Grad) ausgehalten werden müssen.

Ihre Exklusivität behält die „Linke Szene“ aber auch genau durch die Art der Auseinandersetzung – nicht umsonst scheint sie mir vor allem studentisch und von GymansiastInnen geprägt zu sein. Die Forderung nach einer wirklichen Auseinandersetzung darum, warum wir „den Kapitalismus“ scheiße finden, also hin zu einer durchdachten und reflektierten Position, die die verschiedenen widersprüchlichen Prozesse im kapitalistischen Vergesellschaftsmodus erkennt und in konkrete Positionierungen zu bestimmten Themen übersetzt, ist vor allem eine bildungsbürgerliche Herangehensweise (die überhaupt nicht falsch ist). Linksradikalismus heißt eben, nicht moralisch oder humanistisch zu argumentieren – also nicht karitativ an „Nächstenliebe“ etc. zu appellieren oder bloßen Gefühlen zu folgen – sondern eine Grundsatzkritik am globalen kapitalistischen Ausbeutungs-, Verwertungs- und Zerstörungsprozess zu formulieren, an den konkret-historischen Erscheinungsformen des Patriarchats sowie an strukturellen und institutionalisierten Rassismen um aus dieser dann die Positionierung der eigenen praktischen Politik vorzunehmen – ein wahrhaft akademisches Unterfangen. Kann natürlich sein, dass ich hier nur meine eigene akademische Vorstellung von Linksradikalität reproduziere – aber zumindest in der Forderung, nicht nur diffuses Unbehagen gegen die herrschenden Verhältnisse zum Ausdruck zu bringen, wird ein ähnlicher Anspruch mitformuliert. Irgendwie klar, dass dann der „Arbeitslose mit drei Kindern“ auf der Montagsdemo gegen Hartz IV, der den (immer auch repressiven) Sozialstaat anruft und eventuell auch noch nationalistisch wird, definitiv nicht dazu gehört – obwohl doch gerade hier auch interveniert werden müsste. Freilich nicht mit der Überredung zu einer richtigen Position, sondern dadurch, dass mensch die „Betroffenen“ ernst nimmt. Und das ist letztlich eine „pädagogische“ (oder wie mensch es auch immer nennen will) Aufgabe, bei der es gilt, die eigenen Positionen auch vermitteln zu können, seine Anliegen verständlich zu machen und eine offene Diskussion zuzulassen. Ja, das ist anstrengend, aber niemand behauptet doch wohl, dass die Revolution einfach zu machen sei.

Die „Linke Szene“, wie sie heute z.B. in Oldenburg existiert, ist ein Zusammenhang, der sich in die Geschichte der westdeutschen Linken einordnet – und eben auch seine eigene Kulturpolitik betreibt. Entstandene Selbstverständlichkeiten können nicht einfach per Grundsatzentschluss über den Haufen geworfen werden, sondern müssen in langwierigen Prozessen transformiert werden. Da hilft nicht einfach eine „bewusste Willensentscheidung“ und dann ist es gegessen. Gerade weil linksradikale Identität eine kulturelle und geschmackliche Disposition bedeutet, die eben auch vor allem in den Posen gefällt, die sie so exklusiv macht. Ergo stelle ich die Frage: Wie kann diese Szene selbst transformiert und in dieser Form abgeschafft werden? Selbstkritik ist wohl der erste Ausgangspunkt...

Robert Roth

Gipfel der Repression

Vom 2. bis 4. April diesen Jahres fand in Bukarest der NATO-Gipfel statt. Proteste gegen den Gipfel wurden schon im Voraus kriminalisiert und versucht zu verhindern. Während des Gipfels stürmte eine Sondereinheit der Jandarmeria (militarisierte Polizeieinheit) das Convergence Center, das die Anti-NATO-AktivistInnen in einer alten Fabrikhalle eingerichtet hatten.

Seit dem Ende des Ceauşescu-Regimes 1989/1990 gab es in Rumänien keine größeren politischen Proteste mehr. Daher war im Vorfeld schwer abzuschätzen wie der Staat auf die geplanten „Anti-NATO-Days" reagieren würde. Das Verteidigungs- und Innenministerium hatte für die Tage des Gipfels verstärkte Sicherheitsvorkehrungen angekündigt. Einheiten der Armee wurden in höhere Bereitschaft versetzt und Militärflugzeuge kontrollierten den Luftraum über Bukarest, so die rumänische Zeitung Ziua. Die Gesamtzahl der eingesetzten Sicherheitskräfte belief sich allein in Bukarest auf über 25.000(!). An jeder größeren Straßenkreuzung im Zentrum Bukarests standen Einheiten von Polizei oder Militär. In den rumänischen Massenmedien wurde bereits Monate vor Beginn des Gipfels vor gewaltbereiten „Anarchisten" gewarnt, die über das Land herfallen und alles kurz und klein schlagen würden. Rumänische AktivistInnen waren schon vor Beginn des Gipfels erheblicher Repression ausgesetzt: Der rumänische Geheimdienst SRI observierte und bedrohte massiv rumänische AktivistInnen und deren Familienangehörige.

Geschlossene Grenzen

Um den Umfang der geplanten Proteste, die zu großen Teilen auch von internationalen AktivistInnen organisiert wurden, einzugrenzen, wurden potentielle NATO-GegnerInnen, wie zum Beispiel eine Gruppe aus Berlin, schon an der rumänischen Grenze abgefangen. Die sechs Deutschen, die seit Anfang März eine Informationstour zum Nato-Gipfel in Bukarest durch Tschechien, die Slowakei, Serbien und Bulgarien organisiert hatten, wollten am Abend des 20. März die bulgarisch-rumänische Grenze überqueren. Bei ihrer Ankunft mit der Fähre in der rumänischen Grenzstadt Calafat durchsuchte die rumänische Grenzpolizei ihre zwei Autos und beschlagnahmte Bücher, Flugblätter, CDs, Poster, Aufnäher und Informationsmaterial. Um drei Uhr morgens begannen Mitarbeiter des rumänischen Geheimdienstes die AktivistInnen einzeln zu verhören, diese verweigerten die Aussage. Stattdessen hängten sie Transparente auf, um Vorbeifahrende auf ihre Situation aufmerksam zu machen und kontaktierten lokale Medien. Die Grenz-

polizei war nach Angaben der AktivistInnen mit der Situation überfordert und wollte unbedingt ein Zusammentreffen mit der Presse vermeiden. Daher wurde die Gruppe nach insgesamt 19 Stunden Aufenthalt ohne offizielle Begründung nach Bulgarien abgeschoben.

Zwei von ihnen machten sich drei Tage später mit einem Linienbus von Sofia aus auf den Rückweg nach Berlin, wurden jedoch schon an der Grenze zu Serbien gestoppt. Die serbischen GrenzbeamtInnen verweigerten den beiden nach einem Verhör die Weiterreise durch Serbien. Stattdessen erhielten sie ein Protokoll, in dem ihre Abweisung mit dem Mitführen von neofaschistischer Propaganda begründet wurde. Bei den beanstandeten Gegenständen handelte es sich um antirassistische Aufnäher. Beide konnten einen Tag später per Flugzeug zurück nach Deutschland reisen. Die restlichen vier Leute versuchten einige Tage später erneut nach Rumänien einzureisen. Obwohl sie diesmal kein politisches Material bei sich hatten, wurden sie mehrere Stunden lang durchsucht und anschließend wieder abgewiesen. Nach einer Stellungnahme des Auswärtigen Amtes, nach der die Bundesrepublik sich offiziell nicht für eine Weiterreise der AktivistInnen einsetzen wollte, machten sich diese auf den Rückweg. Zudem kündigte ein Sprecher der rumänischen Botschaft an, dass Rumänien auch weiteren „Personen, die in einschlägigen Dateien geführt werden", die Einreise verweigern könnte. Nach diesen Vorkommnissen machte sich ein von Berlin aus geplanter Bus gar nicht erst auf den Weg Richtung Bukarest. Einzelpersonen und Kleingruppen gelang es jedoch auf unterschiedlichsten Routen nach Rumänien einzureisen.

Zensur im Internet

Weitere Repressionsmaßnahme der rumänischen Regierung war die Kontrolle von Internetverbindungen und die zeitweilige Blockierung bestimmter Internetseiten. Nach Angaben von indymedia Rumänien wurden alle Internetprovider aufgerufen, für die Dauer des Gipfels den Zugang für alle rumänischen NutzerInnen auf rumänische Seiten zu beschränken. Begründet wurde dies offiziell mit Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz vor terroristischen Angriffen. Auch E-mails mit Attachments und Links konnten nicht mehr abgerufen werden. Die NATO-kritischen Internetseiten www.contra-doxa.com und www.summitnato.ro wurden gesperrt, von offizieller Seite wurde dies jedoch nicht begründet.

Gipfel der Repression

Bei den Geschehnissen während des Gipfels in Bukarest machte die Polizei vor allem durch ihre zero-tolerance-Strategie und Brutalität - besonders gegen rumänische AktivistInnen – auf sich aufmerksam. In den frühen Morgenstunden des 29. März wurden vier Anti-NATO-AktivistInnen ohne ersichtlichen Grund auf der Straße festgenommen und zur Personalienfeststellung auf ein Polizeirevier gebracht. Sie weigerten sich fotografiert zu werden und Fingerabdrücke zu geben. Nachdem sie begannen Medien zu kontaktieren wurden sie sofort freigelassen. Am Abend des 31. März hielt die Polizei drei Personen, die sich auf dem Weg zum Convergence Center in einer alten Fabrikhalle befanden auf der Straße für zwei Stunden fest. Obwohl kein konkreter Tatverdacht vorlag wurden sie zur Personalienkontrolle auf ein Polizeirevier gebracht. Rund um das Convergence Center und in der Innenstadt von Bukarest gab es ständig Kontrollen dieser Art. Dabei erschien die Wahl der „Verdächtigen" oft willkürlich. So reichte schon ein größerer Rucksack um die Aufmerksamkeit der patrouillierenden Polizeieinheiten auf sich zu ziehen und, wie in einem Fall geschehen, sechs Stunden auf der Polizeiwache festgehalten zu werden.

Am 2. April, dem ersten Tag des offiziellen NATO-Gipfels kam es zum Höhepunkt der staatlichen Gewalt: Sondereinheiten der militarisierten Polizei (Jandarmeria) stürmten brutal das Convergence Center, in dem sich zu dem Zeitpunkt etwa 50 AktivistInnen aufhielten. Die polizeilichen Spezialkräfte setzten Reizgas ein und gingen mit äußerster körperlicher Brutalität vor. Nach Augenzeugenberichten wurden einige der AktivistInnen durch Schläge und Tritte so stark verletzt, dass sie im Krankenhaus behandelt werden mussten. Die AktivistInnen wurden nach der Stürmung in verschiedene Polizeireviere der Stadt gebracht, auf dem Weg dorthin kam es zu weiteren massiven Übergriffen durch die Polizei. Die Mainstream-Presse wurde bewusst von den Polizeiübergriffen ferngehalten. Dennoch sammelten sich die wenigen nicht-verhafteten AktivistInnen vor den Polizeiwachen und demonstrierten für die Freilassung. Einige NGOs, die sich bis dato aus Angst vor Repression mit Kritik sehr bedeckt gehalten hatten, organisierten Anwälte und öffentlichen Druck über die Medien. Die Stimmung hatte sich – zumindest in Teilen der Mainstream-Presse gedreht – der Innenminister sollte nun erklären, warum das Convergence Center gestürmt wurde und woher die Verletzungen stammten. Bilder von den verletzten AktivistInnen flimmerten an dem Abend über fast alle rumänische TV-Kanäle. Die offizielle Begründung für die Stürmung änderte sich im Laufe des Tages mehrfach, war es zu Beginn noch eine vermeintliche Schlägerei zweier Gruppen in der Nähe des Convergence Centers, dann ein Übergriff auf die Pförtner des Fabrikgeländes - letztlich soll der Besitzer die Stürmung verlangt haben, weil er angeblich bedroht worden sei. Spä-

Überblick über die Ergebnissen des Gipfels

Bei dem Zusammentreffen der Vertreter der NATO-Mitgliedstaaten im April dieses Jahres wurden Entscheidungen getroffen, die die internationale Politik der kommenden Jahre zunehmend beeinflussen werden. So treten 2009 die drei Balkanstaaten Kroatien, Albanien und Mazedonien der NATO bei. Der umstrittene Beitritt von Georgien und der Ukraine wurde aufgrund der russischen Gegenwehr ohne konkretes Eintrittsdatum beschlossen. Auch Frankreich, das die NATO 1966 aufgrund ihrer von US-amerikanischen Interessen dominierten Strategie verließ, will wieder vollwertiges Mitglied werden und entsendet im Zuge dessen 700 zusätzliche Soldaten nach Afghanistan. Ein weiterer NATO-Beschluss zur ISAF in Afghanistan sieht vor, dass diese vermehrt die Unterbindung ziviler Aufstände und eine verbesserte Zusammenarbeit mit den vor Ort agierenden EU-Organisationen zu ihren zentralen Aufgaben machen soll.

Die Vertreter der NATO-Mitgliedstaaten beschlossen, zusätzlich zum von der US-Regierung geplanten Raketenabwehrsystem, Pläne für ein eigenes erweitertes Abwehrsystem zu entwickeln, die erstmals 2009 vorgestellt werden sollen. Bis zum offiziellen sechzigsten Geburtstag der NATO, der im nächsten Frühjahr im Rahmen des NATO-Gipfels 2009 in Straßburg/Kehl gefeiert werden wird, soll ebenfalls der Entwurf für ein neues Grundsatzpapier der Organisation vorliegen. Die deutsch-französische Kooperation zum Jubiläumsgipfel ist eine Neuheit: Erstmalig wird ein NATO-Gipfel von zwei Ländern gemeinsam durchgeführt.

ter stellte sich heraus, dass der Besitzer des Fabrikgeländes ein Ex-Polizist ist, der die Stürmung sehr bereitwillig begrüßt hat.

Protest auf die Straße getragen – trotz totalem Versammlungsverbot

Die NATO-Gegner bezogen die Halle nach dem Schock der Stürmung wieder und setzten ihre Proteste am folgenden Tag mit einer kraftvollen Spontandemonstration fort. Dies ist umso beachtlicher, da bis zuletzt ein totales Versammlungsverbot in Bukarest verhängt war. Die Polizei hielt sich allerdings zurück, zu schlecht hatten die Medien auf den überzogenen Einsatz am Vortag reagiert. Am Freitag, dem letzten Tag des offiziellen Gipfels, fand noch eine Kundgebung vor der tschechischen Botschaft statt, die sich gegen das amerikanisch-polnisch-tschechische Raketenabwehrprogramm richtete. Hier schritten sofort Kräfte der Jandarmeria ein und versuchten die öffentliche Meinungsäußerung zu unterbinden.

Insgesamt werteten die circa hundert TeilnehmerInnen die Proteste als Erfolg. So heißt es in einem Kommuniqué vom 6. April:

„Zusammengefasst lässt sich sagen, dass es die anti-militaristischen AktivistInnen trotz massiver Repression geschafft haben eine Reihe öffentlicher Aktionen zu machen, bei denen sich zeigte, dass viele EinwohnerInnen Bukarests mit anti-militaristischen Ideen sympathisieren, denn sie grüßten uns auf Schritt und Tritt. Für uns ist das ein klares Zeichen, dass es in der rumänischen Gesellschaft keinen Konsens gibt was NATO, Militarismus oder sogar was staatliche Interventionen in soziale Beziehungen betrifft. Tatsächlich nahmen viele Leute eine negative oder zumindest kritische Haltung dazu ein. Man könnte fragen: Wenn so viele rumänische Leute kritisch darüber denken, warum gehen sie dann nicht auf die Straße und drücken ihre Meinungen aus? Die Antwort ist klar: Der Staat hat eine Atmosphäre der Angst und des Terrors geschaffen, die rumänische BürgerInnen an die Zeiten vor Dezember 1989 erinnert.

Wir haben in Bukarest gezeigt, dass die Repression, so restriktiv sie auch sein mag, unseren Widerstand niemals aufhalten wird."

Jandarmia bei der Stürmung des Convergence Center in Bukarest

In diesem Sinne den NATO Gipfel 2009 in Straßburg/Kehl ins Chaos stürzen!

Beteiligt Euch an den Protest-Vorbereitungen!

Newroz piroz be

– Erfahrungsbericht von einer kurzen Reise nach Kurdistan –

Newroz 2008 in Amed

Der Ausgangspunkt dieses Berichts einer kurzen Reise in den türkischen Teil Kurdistans sind die persönlichen Erfahrungen und Erlebnisse von drei Oldenburger_innen. Wir waren im Rahmen einer Menschenrechts-Delegation [‚Newroz'-Delegation] vom 15.03.-23.03.2008 in mehreren Orten in Süd-Ost-Anatolien. Wir haben nicht den Anspruch die kurdische Befreiungsbewegung in diesem Bericht ausführlich darzustellen, sondern uns bewusst entschieden, von subjektiven Reiseeindrücken auszugehen, da unser Wissen über die Bewegung noch sehr begrenzt ist und wir hoffen, dass in Verbindung mit konkreten Erlebnissen auch allgemeinere Informationen über die kurdische Befreiungsbewegung besser verständlich und einzuordnen sind. Ebenfalls ausgelöst durch persönliche Erfahrungen während der Reise fingen wir an, uns mit Vorstellungen von internationaler Solidarität auseinander zusetzen, welche wir im Zusammenhang wichtig finden, zu thematisieren.

Um den Zusammenhang der verschiedenen Aspekte dieses Berichts (kurdische Befreiungsbewegung; internationale Solidarität; persönliche Erlebnisse) deutlich zu machen, zunächst eine grobe Beschreibung des Reise-Ablaufs:

Über Istanbul und Elazig (im Norden Süd-Ost-Anatoliens) erreichten wir am 17.03. Dersim, wo wir mit dem Rest unserer Delegation zusammen stießen. Nach zwei Tagen dort fuhren wir über die kurdische „Hauptstadt" Amed ins südöstlich von Dersim gelegene Batman. Von dort aus ging es für den nächsten Tag ins nah gelegene Hasankeyf. Am Donnerstag, den 20.03. brachen wir die offizielle Reise als Delegationsmitglieder ab und fuhren nach Amed, wo wir bis zu unserer Abreise nach Istanbul am 22.03. blieben.

Die offiziellen türkischen Namen der Städte Dersim und Amed sind Tunceli und Diyabakir. Die kurdischen Städtenamen sind verboten, werden aber von den Menschen, die wir kennen gelernt haben, außer in staatlichen Institutionen, im Alltag verwendet.

Politischer Ansatz der ‚Newroz'-Delegationen

Newroz ist das traditionelle kurdische Neujahrsfest, das seinen Ursprung in einer Befreiungslegende aus dem zoroastrischen Glauben hat und heute als Fest des Frühlings, des Friedens und der Freiheit gefeiert wird. In der Türkei versuchen Regierung und Militär die Feiern und vor allem den politischen Anspruch der Feiern zu unterdrücken, so sind sie Verboten, Repression und Überwachung ausgesetzt. In einigen Städten vor allem in den kurdischen Gebieten werden seit einigen Jahren Newroz-Veranstaltungen erlaubt, trotzdem kommt es immer wieder zu militanten Auseinandersetzungen zwischen den Feiernden und dem Militär bzw. der Polizei.

Auch deswegen organisiert die Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland (YEK-KOM) Delegationen aus Deutschland, die, so wie Delegationen aus anderen europäischen Ländern (Italien, Frankreich, Österreich,...) anlässlich des Neujahrsfestes zur Menschenrechtsbeobachtung in verschiedenen Orten des türkischen Teils Kurdistans (Nordkurdistan) präsent sind.

Die politische Idee, die hinter den Delegationen steckt, ist der Versuch das türkische Militär und die Polizei in ihrem gewalttätigen Handeln einzuschränken, da die türkische Regierung Konflikte mit anderen Staaten, die entstehen könnten, wenn internationale Beobachter_innen bei den Feiern verletzt würden, möglichst vermeiden will. Neben dieser Art von Menschenrechtsbeobachtung steht Informationsweitergabe im Mittelpunkt der Aufgaben der Delegationen. In unserem Fall, der Versuch eine internationale Öffentlichkeit für den Konflikt zwischen der kurdischen Befreiungsbewegung und dem türkischen Staat zu schaffen, sowie ‚zu Hause' Solidarität zu zeigen und zu organisieren. Einblicke und Informationen sollen die Delegationsteilnehmer_innen vor allem über Gespräche mit Menschen, Organisationen und Parteien vor Ort bekommen. Außerdem kann das Interesse von Menschen aus anderen Ländern an der kurdischen Bewegung dazu beitragen die Motivation der Widerständigen in Kurdistan zu stärken.

Wir hatten über einen Freund sehr kurzfristig von dieser Reise erfahren und noch kurzfristiger brachen wir auf: Mit wenig, zum Teil „schnell noch angeeignetem Wissen", keinen Sprachkenntnissen und ohne den Rest unserer, aus sieben Menschen bestehenden, Delegation zu kennen bzw. mit ihnen

Absprachen getroffen zu haben. Trotz unserer uns zur Reise motivierender Neugier Lebensrealitäten in Kurdistan kennen zu lernen, war es durch die Umstände aufgrund der Kurzfristigkeit der zeitlich begrenzten Reise schwer, dass ein weitergehender Kontakt mit den Menschen, die wir trafen, entstand. Was unserer Meinung nach den Kontakt zusätzlich erschwert hat, ist der oben beschriebene politische Ansatz der Newroz-Delegationen: Unserer Ansicht nach ist die Delegationssolidarität gar nicht darauf angelegt, dass ein Austausch von unterschiedlichen Kämpfen und eine tiefer gehende kritische Auseinandersetzungen mit sozialen Bewegungen stattfinden, viel eher bedeutet sie eine einseitige ‚Besichtigung der Bewegung und ihrem Umfeld' für die Delegationsmitglieder.

Wir finden es wichtig, sich darüber bewusst zu sein, dass eine solche Solidaritätsarbeit eine beschränkte Sinnhaftigkeit besitzt, weil Delegationsreisen nur erste oberflächliche Einblicke bieten können. Ohne dieses Bewusstsein passiert leicht eine Überbewertung der eigenen Tätigkeit. Ein Auslöser dafür, dass wir uns mit unseren Vorstellungen von Sinn und Unsinn von Delegationssolidarität befassten, war die Existenz von Differenzen innerhalb unserer Reisegruppe. Die Differenzen führten dazu, dass wir uns nach vier Tagen von der Delegation trennten und zu dritt weiterreisten. Im Folgenden gehen wir kurz etwas genauer auf die Konflikte in unserer Delegationsgruppe ein, da sie uns viele Gedankenanstöße gaben, die im Zusammenhang mit der politischen Situation in Kurdistan stehen und unsere Reise prägten.

Konflikt innerhalb unserer Newroz-Delegation

Unsere politischen Vorstellungen auch über das Verständnis von Solidarität hinaus, waren sehr unterschiedlich. Wir drei haben uns, wie eingangs erwähnt, mit wenig Wissen über die Befreiungsbewegung auf den Weg nach Kurdistan gemacht und waren deswegen nicht fest positioniert in Bezug auf eine Beurteilung der Bewegung. Im Gegensatz dazu, nahmen die anderen Delegationsteilnehmer_innen aufgrund ihrer uneingeschränkten Solidarität auch hierarchische Strukturen innerhalb der kurdischen Bewegung billigend in Kauf. Das Interesse der anderen Gruppenmitglieder war vor allem auf Gespräche mit hohen Funktionär_innen der DTP[1] gerichtet (einmal trafen wir uns auch mit einem Vorsitzenden der EMEP[2]). Mit den hohen Parteimitgliedern, kam es zu keinem guten Austausch. Die förmliche Begrüßung mit der höflichen Freude auf Seiten der Funktionär_innen über den Besuch der Delegation und den nachdrücklichen obligatorisch anmutenden Solidaritätsbekundungen auf Seiten der Delegationsteilnehmer_innen standen oft fast im Mittelpunkt der Zusammentreffen. Wenn wir, die drei Verfasser_innen auch innerhalb der Gruppe, kritische Fragen zur kurdischen Befreiungsbewegung stellten, hatten wir oft den Eindruck die anderen unserer Delegation befürchteten, wir stünden nicht solidarisch genug hinter der Bewegung und dies würde schlicht auf Unwissenheit über die Bewegung beruhen. Die Folge war, dass wir den Eindruck nicht los wurden, dass die anderen die Bewegung und im speziellen die DTP beschönigend darstellen würden. Wir hatten das Gefühl nach eigenem Ermessen versuchen zu müssen die Richtigkeit der Aussagen aus den Gesprächen innerhalb unserer Delegation heraus zu filtern. Es entstanden unangenehme Gesprächs- und Diskussionssituationen.

Dass die anderen unserer Gruppe kritische Auseinandersetzungen mit den Mitgliedern der DTP vermeiden wollten, macht folgendes Beispiel deutlich: Nach dem Gespräch mit dem Vorsitzenden und einigen Parteimitgliedern der EMEP in Dersim, trafen wir drei uns mit einer türkischen Jugendlichen, die der EMEP nahe stand, in einem Café.

Atatürk-Bild in einem Büro des DTP-regierten Rathauses in Dersim

Als wir etwas später mit einigen aus unserer Delegation zusammen saßen, wurde uns mitgeteilt, dass es nicht so gern gesehen ist, dass wir uns mit den Leuten von der EMEP treffen, da dies als „Loyalitätsbruch" zur DTP verstanden werden könnte. Die Einladung zur Übernachtung, die wir von der Jugendlichen bekamen, stieß auf Ablehnung bei unserer Delegation, deswegen schliefen wir, wie schon die Nacht zuvor in einem Hotel. Da diese Art der Unterbringung im Gegensatz zur Unterbringung bei Gastfamilien, den Kontakt zu den Menschen in Kurdistan weiter minimiert, plädierten wir wiederholt für eine Unterbringung bei Freunden und Familien. Von den anderen wurden unsere Vorschläge meist nicht berücksichtigt. Im Fall der Übernachtungen mit der Begründung, dass es die Familie gefährde, bei denen wir unterkommen

[1]Demokratik Toplum Partisi (Partei der demokratischen Gesellschaft); 2005 gegründet; 2008: 20 Sitze im türkischen Parlament; Gerichtsverfahren aufgrund, laut türkischem Staatsrecht strafbare Aktivitäten im Zusammenhang mit der kurdischen Befreiungsbewegung (Gebrauch der Sprache in Öffentlichkeit, Politik im Namen einer ethnischen Minderheit)

[2]Emek Partisi - türkische sozialistische Partei der Arbeit

könnten. Ob dieses Argument immer zu traf, können wir nicht beurteilen, aber bei einigen Delegationen funktionierte die Unterbringung in Familien oder bei Studierenden besser als bei uns. Es entstanden unangenehme Situationen, da wir zu oft mit vorgeschobenen Argumenten abgespeist wurden und keine gute Art der Entscheidungsfindung in der Gruppe vorhanden war.

Dass einige Entscheidungen in unserer Gruppe nicht gleichberechtigt gemeinsam getroffen wurden, lag auch an der Übersetzung: Es gab kaum eine wörtliche Übersetzung. Die Übersetzerin übersetzte nach eigenem Ermessen und fasste Aussagen nach ihren Vorstellungen zusammen, wodurch sich inhaltliche Schwerpunkte veränderten. In unklaren Situationen hatten wir den Eindruck, dass uns nicht alles gesagt wurde, um uns zu beschwichtigen. Es wurde davon ausgegangen, dass wir nicht die vollen Informationen benötigen würden. Diese Entmündigung betraf auch die politischen Gespräche mit Vertreter_innen von Parteien. Aussagen wurden verändert, verallgemeinert und kommentiert übersetzt. Dahinter stand vermutlich die ähnliche Absicht, wie hinter dem oben angesprochenen Diskussionsverhalten der anderen Delegationsteilnemer_innen, dass wir möglichst ein positives Bild von der kurdischen Bewegung bekommen sollten. Es ist wichtig hinzuzufügen, dass es eine ziemlich anstrengende, überfordernde und komplexe Aufgabe ist, die ganze Delegationsreise für sieben Leute zu übersetzen. Um dieses Problem zu vermeiden ist es einfach notwendig, dass jede_r selbst die kurdische oder türkische Sprache erlernt, was wir nicht getan hatten.

Aber schlagen wir nun den Bogen zur kurdischen Befreiungsbewegung, die schließlich der Grund ist, warum wir uns überhaupt nach Kurdistan aufmachten. Es macht Sinn ausgehend von der Gegenwart kurz auf die Geschichte und Entstehung der Türkei einzugehen um die kurdische Bewegung in der Türkei besser zu verstehen.

Zur kurdischen Befreiungsbewegung und deren Hintergründen

Bis heute spielt der Kemalismus in der Türkei eine entscheidende Rolle. Das Osmanische Reich wurde 1918 von Frankreich und Großbritannien besiegt. Eine Widerstandsbewegung um den türkischen General Mustafa Kemal Pascha begann sich gegen die Kolonialherrschaft über das Osmanische Reich zur Wehr zu setzen. Die nach ihrem Anführer der Bewegung benannte kemalistische Bewegung gewann schnell an Einfluss und stellte in den nichtbesetzten Gebieten bald eine Art Gegenregierung. Mustafa Kemal bat kurdische Stammesführer bei der Errichtung eines „modernen säkularen türkischen Staats", vor allem im Kampf gegen die Armenier_innen um Unterstützung und versprach den Kurd_innen dafür die Unabhängigkeit. Die Kemalist_innen propagierten dabei eine „Regierung beider Völker" (Kurd_innen und Türk_innen). 1934 verlieh das türkische Parlament Kemal aus Ehre an seinen Verdiensten den Beinamen Atatürk (‚Vater der Türken'). Er ist bis heute überall in der Türkei allgegenwärtig. Ob in Form eines Schreins im DTP-regierten Rathaus von Dersim, der aus dutzenden Porträts Atatürks besteht, goldenen Büsten in öffentlichen Gebäuden oder riesiger Steindenkmäler begleitete Atatürk auch uns durch Nordkurdistan. So präsent wie seine Person ist auch die den Kemalismus ausmachende Ideologie des Nationalismus und Militärfetischismus. In türkischen Schulen werden allmorgendlich Fahnenappelle durchgeführt, bei denen die Schüler_innen das ‚Türkentum' verehren müssen und dabei die Nichtexistenz anderer ‚Ethnien' neben den Türk_innen in der Türkei beteuern müssen. Viele kurdische Schüler_innen müssen in Internate gehen, wo ihnen der Kontakt zu ihren Familien bis auf wenige Wochen im Jahr untersagt wird und sie bestraft werden, wenn sie sich mit ihren Mitschüler_innen auf kurdisch unterhalten. Viele Kinder, die wir getroffen haben, können gar nur noch ein paar Brocken kurdisch, weil sie den Kontakt und Bezug zur Sprache, aufgrund des Sprachverbots, verlieren.

1920 wurde im Vertrag von Sèvres das Recht auf Selbstbestimmung festgelegt. Dagegen wurden die Versprechungen gegenüber den Kurd_innen aus dem Vertrag von Sèvres 1923 im Vertrag von Lausanne wieder aberkannt. In diesem Vertrag wurden die neuen Machtverhältnisse über das ehemalige osmanische Gebiet zwischen der Türkei und den Kolonialmächten Großbritannien, Frankreich und Italien vertraglich festgeschrieben und es kam zur Gründung der türkischen Republik. Folglich befand sich das kurdische Siedlungsgebiet von da an auf vier Staaten: Türkei, Irak, Iran und Syrien.

Im Zuge der Aberkennung der Autonomie kam es in türkisch-kurdischen Städten zu Aufständen (beispielsweise der Scheich-Said-Aufstand von 1925, 1930 in Ararat, 1938 in Dersim). Diese und weitere kurdische Aufstände wurden von der überlegenen türkischen Armee blutig niedergeschlagen.

Die Türkei erkennt Kurd_innen, die vom Staat als „Bergtürken" bezeichnet wurden, nicht als Minderheit (wie andere „Ethnien" innerhalb des türkischen Staatsgebietes auch) an. Türkisch wurde gesetzlich als Muttersprache aller Türk_innen festgelegt. Somit darf offiziell neben der türkischen Sprache nicht auf kurdisch gesprochen, geschrieben und gelehrt werden. Kurdischsprachige Medien waren bis 1991 gänzlich verboten und werden bis heute kriminalisiert.

Die Türkei richtete eine Militärverwaltung im kurdischen Gebiet ein, um Widerstände zu bekämpfen und eine

Vertreibungspolitik durchzuführen. Auf Forderungen um Anerkennung eines autonomen Kurdistans reagierte die Türkei ausschließlich mit militärischen Mitteln. Viele Kurd_innen verließen aus Angst vor der türkischen Armee und teils aus Armut seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Südostanatolien (seit 1990 etwa 3 Mio.) und zogen in die Marginalsiedlungen der großen türkischen Städte, wo sie meist in ‚Gecekondus' – übernacht errichteten Häusern - leben. Viele der politisch aktiven Kurd_innen flüchteten ins Ausland, ein Großteil von ihnen in die BRD.

2002 leitete die türkische Regierung auf Druck der EU Reformen ein. Neben der Abschaffung der Todesstrafe, dürfen nun regionale Sprachen im Fernsehen gesprochen und an Privatschulen gelehrt werden. Der seit 1977 in der kurdischen Region geltende Ausnahmezustand war bis 2004 aufgehoben.

Die kurdische Befreiungsbewegung

Im Zuge des gesellschaftlichen Aufbruchs bildeten sich in den 1960er Jahren viele linke Gruppen heraus. Der Großteil bestand aus Studierende, die inspiriert vom Kampf der vietnamesischen Befreiungsbewegung, der Revolution in Kuba und der ‚Neuen Linken' in den ‚westlichen Ländern', die Lebenssituation in der Türkei radikal ändern wollten. Schnell gewannen die verschiedensten linken Organisationen großen Einfluss in der Bevölkerung. Die sozialistisch orientierte ‚PKK' (Arbeiterpartei Kurdistans) war eine von ihnen. Die PKK hatte sich den Kampf gegen Kolonialismus, Ausbeutung von Naturschätzen, das Recht auf kulturelle Selbstbestimmung und Unabhängigkeit vom türkischen Staat zum Ziel gesetzt. Aus Furcht vor einer möglichen sozialistischen Revolution in der Türkei putschten sich rechtsextreme Militärs 1980 an die Macht. In der Folgezeit wurden jegliche politische Tätigkeiten verboten. Unzählige linke Organisationen wurden zerschlagen, tausende Revolutionäre gefangen genommen und zehntausende gingen ins europäische Exil. Obwohl die Türkei Ende der 1980er Jahre formell wieder zur parlamentarischen Demokratie überging, gilt das Militär seither als stärkster Faktor in der türkischen Gesellschaft. Keine Regierung kommt an ihm vorbei. Der große politische und gesellschaftliche Einfluss vom Militär ist auch einer der Gründe, warum die Türkei an einer politischen Lösung des Kurdenkonflikts nicht interessiert ist.

Aber zurück zur kurdischen Befreiungsbewegung: Wie bereits erwähnt, fiel die Gründung der marxistisch-leninistisch orientierten PKK (im Jahre 1978) in eine Zeit politischer Radikalisierung. Das Ziel lautete, durch einen Guerillakrieg eine Revolution durchzuführen und anschließend einen eigenen kurdischen Staat zu gründen. Die PKK betrachtete Kurdistan als „halbfeudale und halbkapitalistische Kolonie der Türkei", die es zu befreien gelte. Ende der 1970er Jahre versuchte sie eine Widerstandsbewegung gegen die kurdischen Großgrundbesitzer und die herrschenden Kurdenführer aufzubauen, um somit einen Anfang vom Ende der Unterdrückung der Demokratie durch die feudalen innerkurdischen Strukturen herbeizuführen. Auch wenn ein Großteil der türkischen revolutionären Linken der ‚kurdischen Frage' wenig Beachtung schenkte, appellierte die PKK trotzdem an sie, den kurdischen Befreiungskampf zu unterstützen und sich mit ihm zu vereinen. Schließlich sollte der Kampf für die Befreiung Kurdistans auch ein Kampf für eine sozialistische Revolution in der Türkei und dem ganzen Nahen Osten sein. So verstand sich die PKK als „Teil des weltweiten Kampfes der fortschrittlichen Menschheit gegen Imperialismus, Kolonialismus und die faschistische Barbarei".

Am 15. August 1984 besetzten Guerillaeinheiten der PKK die kurdischen Kleinstädte Eruh, Semdenli und Catak, attackierten dort türkische Polizeistationen und Militäreinrichtungen und erklärten den Beginn des offenen Kampfes gegen das türkische Militär. Als Reaktion auf die bewaffneten Aktivitäten der Organisation verstärkte die Türkei die Militärpräsenz in Ostanatolien und erklärte den Ausnahmezustand über diese Region. Vom türkischen Militär wurden einige tausend kurdische Dörfer zwangsumgesiedelt. Zahllose Kurd_innen fielen der Folter zum Opfer.

Da es an sozialen Perspektiven fehlte und die kurdische Bevölkerung permanent Unterdrückung erfuhr, fanden die PKK und deren bewaffneter Arm ‚Hêzên Rizgariya Kurdistan' (Freiheitskräfte Kurdistans HRK) einen großen Zuspruch aus der Bevölkerung. Dies verdeutlicht sich auch darin, dass tausende junge Menschen – darunter auch Nicht-Kurd_innen aus Europa – in die Berge gingen, um in Trainingscamps ausgebildet zu werden und am bewaffneten

Hasankeyf, das durch ein Staudammprojekt überschwemmt werden soll

Das kurdische Siedlungsgebiet erstreckt sich über den Südosten der Türkei, Nordirak, Nordenwesten des Irans und Nordsyrien. Im Irak leben etwa 4 Mio., im Iran ungefähr 7 Mio. und in Syrien 960 000 Kurd_innen. In der Türkei leben ca. 14 Mio. Kurd_innen. Um die 7 Mio. Kurd_innen leben in anderen Staaten, viele von ihnen im europäischen Exil.

Kampf zu partizipieren. Diese Ausbildung sieht nicht nur das Erlangen von militärischen und ideologischen Fähigkeiten vor, sondern zuerst einmal die Vermittlung grundlegender Kenntnisse wie Schreiben und Lesen, da die Analphabetenquote in den 1970er und 80er Jahren noch enorm hoch war. In den 1990er Jahren waren bereits unzählige Dorfbewohner_innen vom türkischen Militär vertrieben worden, so dass eine ganze Region stark entvölkert war und die Armutsviertel der Städte durch die Zuwanderung vom Lande rasant gewachsen waren. Aufgrund dessen verlagerte die Guerilla ihre Aktivitäten in die unzugänglichen Berge im türkisch-irakischen Grenzgebiet und in die südostanatolischen Großstädte.

Bereits in den 1990er Jahren wurde der Frage der Frauenbefreiung innerhalb der Befreiungsbewegung eine besondere Bedeutung zugewiesen. Die kurdische Gesellschaft war durch extrem patriarchale feudale Clanstrukturen geprägt. Zahlreiche Frauen sahen in der Beteiligung an der Guerilla ihre einzige Möglichkeit einer frühen Zwangsverheiratung und absoluter Entmündigung zu entkommen. Dadurch wurden teilweise patriarchale Strukturen innerhalb der PKK aufgebrochen. Gegen den durchaus massiven Widerstand männlicher Genossen organisierten sich die Frauen zunehmend selbst und übernahmen sogar Führungspositionen. Seit 1995 kämpfen die weiblichen PKK-Mitglieder auch in eigenen Guerillaverbänden (‚YJA-STAR' – ‚Einheiten der freien Frau', seit 2004 zusätzlich in der ‚PAJK' – ‚Freiheitspartei der Frauen Kurdistans' und den ‚YJA' – ‚Freien Frauenverbänden'). Die Gleichberechtigung wurde bald auch in die Ideologie der PKK aufgenommen und die Geschlechterfrage gewinnt seitdem immer mehr an Gewicht. Die klassische Rollenverteilung ist dennoch weiterhin stark ausgeprägt und als Teil der hierarchischen Strukturen in der Gesellschaft, aber auch in der Partei und ihren Unterorganisationen zu sehen. Die hierarchischen Befehlsstrukturen innerhalb der kurdischen Befreiungsbewegung könnten auch ein Grund dafür sein, dass, nach unserer Einschätzung, kaum jemand Kritik offen äußert. Auf unsere Nachfrage hin sagte ein Student, dass er es ablehne die Partei/Bewegung zu kritisieren und bestimmte Schritte oder Zielsetzungen in Frage zu stellen, weil dies zu Machtverlust führen würde. Diese Argumentation gilt unserer Meinung nach auch für den aus den hierarchischen Strukturen resultierenden weitverbreiteten Führerkult um Abdullah Öcalan.

Am 15. Februar 1999 wurde der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan nach längerer Flucht festgenommen und sitzt seitdem als einziger Gefangener auf der Gefängnisinsel Imrael eine lebenslange Haft ab. Die Festnahme hat die PKK in eine tiefe Krise gestürzt. Öcalan rief aus dem Gefängnis heraus den Waffenstillstand aus und wendete sich von der Idee eines kurdischen Staates ab um primär die Autonomie der Kurd_innen sowie für eine gründliche Demokratisierung der Verhältnisse in der Türkei einzufordern. Statt seiner Forderung sich aufzulösen nachzugehen, zog sich die Guerilla in die unzugängliche Gebirgsregion im Norden Iraks (Kandil-Gebirge) zurück. Nach einem fünf Jahre andauernden einseitigen Waffenstillstand nahm die Organisation den bewaffneten Kampf erneut auf. In diesen fünf Jahren gingen der Organisation zahlreiche linke Mitglieder, die nicht mehr von einem in türkischer Gefangenschaft sitzenden Vorsitzenden kommandiert werden wollten, verloren. 2005 kam es zu einem Wandel in der Ideologie der Bewegung. So hat Öcalan ein Modell des demokratischen Konföderalismus, welches an den US-amerikanischen Anarchisten Murray Bookchin angelehnt und die Entwicklung einer demokratisch-ökologischen Zivilgesellschaft für den Nahen Osten anstrebt, entwickelt. Im Zuge der Neuorientierung kam es 2005 zur Gründung der DTP um Präsenz und Einflussnahme auf parlamentarischer Ebene zu erlangen.

Ab 2004 lieferte sich die Guerilla wieder vermehrt Gefechte mit der türkischen Armee. Im Oktober 2007 hatte das türkische Parlament einem Einmarsch der Armee zugestimmt und fortan bis zu 100 000 Soldaten an die türkisch-irakische Grenze stationiert. Kurz darauf nahm die Guerilla 7 türkische Soldaten in Geiselhaft um sie einige Zeit später wieder auf freien Fuß zu lassen. Die türkische Luftwaffe reagierte mit Aufklärungsflügen im Nordirak um angebliche PKK-Camps auszuspähen und diese daraufhin zu bombardieren. In Diyarbakir kam es darauf zu einem Sprengstoffanschlag auf einen Bus der Luftwaffe. Zusätzlich gingen in weiteren Städten dutzende Militär- und Luxusautos in Flammen auf. Am 15. Februar 2008 kam es bei Protesten zu Ausschreitungen bei denen ein 16jähriger von einem Räumpanzer überrollt und tödlich verletzt wurde. Am 21. Februar 2008 fiel

"Wenn du gekommen bist um mir zu helfen, dann verschwendest du deine Zeit. Wenn du aber gekommen bist, weil deine und meine Befreiung eng verbunden sind, dann lass uns zusammenarbeiten."
(Aktivist innen Gruppe aus Suedafrika, 1970er)

nach monatelangem nationalistischen Kriegsgebrüll und rassistischer Hetze in türkischen Medien und Öffentlichkeit die türkische Armee mit etwa 10 000 Soldaten in den Nordirak ein. Bei den bis Ende Februar andauernden Gefechten kam es zu Toten auf beiden Seiten. Die Armee bestreitet den Tod von türkischen Soldaten, um in der Öffentlichkeit keine Schwäche zu zeigen.

Von militärischen Aktivitäten in der Türkei profitiert die deutsche und europäische Rüstungsindustrie. Schon im ersten Weltkrieg ging das Osmanische Reich eine Kooperation mit dem Deutschen Kaiserreich ein und kämpfte so an der Seite Deutschlands und der Österreichs. 1990 – nach dem Zusammenbruch der DDR – ging ein Großteil der NVA-Rüstung an die türkische Armee und wird seitdem im Kampf gegen die kurdische Befreiungsbewegung, und bei anderen Einsätzen der türkischen Armee eingesetzt. Die von der BRD ausgehende Repression gegen den kurdischen Befreiungskampf geht aber über die Unterstützung des türkischen Militärs hinaus. 1993 wurde im Bezug auf den § 129, Bildung einer terroristischen Vereinigung, die PKK in Deutschland verboten, was die Kriminalisierung vieler kurdischer Aktivist_innen in der BRD bis heute bedeutet. Hinzu kommt die rassistische Asylgesetzgebung in der BRD , die politisch verfolgten Kurd_innen meist kein Asyl gewehrt und sie abgeschiebt. Gerade im Bezug auf verschiedene Formen von Solidarität sollte der Kampf um Bleiberecht und Bewegungsfreiheit verbunden sein mit dem des kurdischen Befreiungskampfes.

Vor 13 Jahren wurden von der 'Roten Zora' in einem Beiblatt zur Kurdistansolidaritaetsarbeit in der Alhambrazeitung Forderungen aufgestellt, die wir heute unveraendert uebernehmen

'Keine militaerischen Geschaefte mit der Tuerkei

Keine Finanzierung der deutschen Ruestungsindustrie durch das BRD-Regime

Schluss mit jeder BRD-Ruestungs- und Wirtschafts'hilfe' fuer das tuerkische Regime

Kein Tourismus in die Tuerkei (anderswohin auch nicht)

Weg mit dem PKK-Verbot und der Verfolgung kurdischer Vereine

Bleiberecht fuer alle KurdInnen (und alle anderen hierher gefluechteten und eingewanderten Menschen)

Kampf dem 'Auslaenderrecht' und allen anderen Gesetzen, die Diskriminierung von Menschen festschreiben und Ausbeutung und Gewalt Tuer und Tor oeffnen

Anerkennung eigener Fluchtgruende und Aufenthaltsrecht fuer Frauen

Fuer eine praktische Solidaritaet mit dem Widerstand der Frauen in Kurdistan und der kurdischen Migrantinnen hier

Gegen Nationalismus fuer internationale Frauenbande und -banden !'

Illegalisierung und Arbeitskampf im spanischen Almería
oder: Wo kommen eigentlich unsere Tomaten her?

Im Supermarkt findet sich – beinahe unabhängig von der Jahreszeit – vorgeblich frisches Obst und Gemüse. Die sozialen Folgen der industriellen Landwirtschaft Europas tragen in erster Linie die Arbeitsmigrant_innen, die während der Saison angestellt werden, um dafür zu sorgen, dass Europa das ganze Jahr über mit Gurken, Auberginen, Paprika und Tomaten versorgt wird. Dieses Produktionsmodell findet seine wohl stärkste und brutalste Ausprägung an der südwestlichen Grenze Europas: In der südspanischen Provinz Almería werden unter einem riesigen Meer aus Plastik rund drei Millionen Tonnen Treibhausgemüse für den europäischen Markt produziert.

Die Migrant_innen leben und arbeiten nicht nur unter absolut menschenunwürdigen Bedingungen, zusätzlich sind sie auch noch rassistischer Gewalt der Polizei und der Bevölkerung ausgesetzt. Nach einem Pogrom im Jahr 2000 organisierten sich immer mehr illegalisierte Arbeiter_innen in der Gewerkschaft SOC.

Ein Vertreter der SOC wird über die konkreten Kämpfe, über die Schwierigkeiten des organisierten Arbeitskampfes von Illegalisierten und auch die Erfolge, wie dem Aufbau des gewerkschaftlichen Zentrums in El Ejido, berichten. Ein Vertreter der Solidaritätskampagne wird über Möglichkeiten und Perspektiven der Unterstützung sprechen.

Dienstag 13. Mai
20:30h

Die großen Streiks
Episoden aus dem Klassenkampf

Buchvorstellung & Diskussion

Die großen Streiks umfasst eine Reihe von bedeutenden und kämpferischen Streiks des 20. Jh., die weitgehend in Vergessenheit geraten sind. Vom einfachen Lohnkampf bis zum Generalstreik, vom Erfolg auf ganzer Linie bis zum totalen Fiasko. Erfasst werden dabei die verschiedenen Phasen und Formen des Arbeitskampfes. Es werden die Ereignisse und Entwicklungen dargestellt, die Hintergründe erläutert und durch Porträts der ProtagonistInnen vertieft. Die geschilderten Arbeitskämpfe stehen exemplarisch entweder für bestimmte Streikformen oder die Arbeiterbewegung in einer bestimmten Phase oder Region. Ein inhaltlicher Schwerpunkt liegt dabei auf den Spannungsfeldern von Basis und Gewerkschaftsführung und deren (widersprechenden) Strategien. Die Herausgeber Holger Marcks & Matthias Seiffert werden ihr im April beim Unrast Verlag erscheinendes Buch vorstellen. An Diskussionsansätzen mit aktuellen Bezügen wird es sicher auch nicht mangeln.

Holger Marcks & Matthias Seiffert:
Die großen Streiks. Episoden aus dem Klassenkampf,
Münster 2008.
ISBN-13: 978-3-89771-473-1

Mittwoch 14. Mai, 20:30h

Solch einen Tag des besonderen Amusements, wo für jeden etwas dabei ist, hat es lange nicht mehr gegeben! Wenn es am Nachmittag mit Kinder-Kino und Kinder-Cocktails losgeht ist das schon etwas Außergewöhnliches. Wenn dann eine atemberaubende Galashow ihr Publikum mit abwechslungsreicher, unkonventionell umgesetzter Artistik, sowie der Premiere des neuen Alhambra-Theaterensembles AST zu begeistern weiß ist die Vielfalt kaum noch zu übertreffen. Wenn dann aber als abschließendes Sahnehäubchen noch ein Hardcore-Konzert seine BesucherInnen zum Tanzen bringt ist dieses Amusement-Event in der Vielfalt seiner künstlerischen Darbietungen unübertrefflich. So ist wirklich die ganze Familie eingeladen im Rahmen das 30-jährigen Jubiläums des Alhambras am Sonntag den 18.Mai 2008 mitzufeiern. Denn gerade das Alhambra als unkommerzieller Raum, das in seiner heutigen Funktion als Aktions- und Kommunikationszentrum seit 1978 besteht, macht einen derartigen Tag erst möglich.

Die Veranstaltungen, beginnend mit dem kostenlosen Kinderkino, bei dem der Film „Ein Circus für Sarah" gezeigt wird, fangen um 15 Uhr an. Das um 20 Uhr beginnende Varieté mit dem Motto „Keine Kleinkunst – Große Gala" zeigt ein abwechslungsreiches Programm aus Jonglage, Theater, Musik, Clownerie und vielem mehr. Auf dem im Anschluss um ca. 22 Uhr stattfindenden Konzert spielen „La Casa Fantom" und „Attack of the Mad Axemen" einen Mix aus Minimalcruste und Hardcore.

Yes, I am

Deutschland 2006, Regie und Drehbuch: Sven Halfar, Kamera: Dirk Heuer, David Schultz, Laufzeit: 109 min, Format: 35mm, Farbe, Cinemascope

D-Flame, Mamadee und Adé begegneten sich zum ersten Mal, nachdem der Schwarze Alberto Adriano in einem Dessauer Park von drei Jugendlichen erschlagen wurde. Über zwanzig der bekanntesten afrodeutschen Musiker schlossen sich daraufhin zu dem Bandprojekt „Brothers Keepers" zusammen, spielten die Maxi Adriano (Letzte Warnung) und das Album Lightkultur ein, an dem sich auch das weibliche Pendant „Sisters Keepers" beteiligte. Sie zogen durch ostdeutsche Schulen, um selbst mit den Kids zu sprechen.

Vor diesem Hintergrund entstand der Dokumentarfilm Yes I Am! von Filmemacher Sven Halfar, der die drei Musiker Adé, D-Flame und Mamadee eindrucksvoll und einfühlsam portraitiert. Anhand der persönlichen Lebensgeschichten der Protagonisten erzählt der Film von den Schwierigkeiten, eine afrodeutsche Identität zu entwickeln und der Problematik der Integration in die deutsche Gesellschaft.

Yes I Am! verbindet die Geschichte von D-Flame, Mamadee und Adé mit der Geschichte von Brothers Keepers. Er erzählt von der Macht der Musik und davon, wie gut es tut, gemeinsam die Stimme zu erheben. Eine Geschichte vom Erwachsenwerden unter erschwerten Bedingungen: geprägt vom Hin- und Hergerissensein zwischen den Kulturen, von Ausgrenzung und Aggressionen. Ein Film über den langen Weg nach Hause.

Mittwoch 21. Mai, 20.30 Uhr, Eintritt 5 Euro / ermäßigt 3 Euro

Filmriß
Förderung von Kino & Kultur in Oldenburg e.V.

Besetze Deine Stadt!

Freiraumkämpfe in Kopenhagen

Lesung und Diskussion mit Peter Birke

Kopenhagen 1. März 2007: Das traditionsreiche alternative Jugendzentrum „Ungdomshuset" wird von einem Großaufgebot von Polizeieinheiten geräumt und sofort abgerissen. Die Kopenhagener Stadtverwaltung hatte das Haus zuvor an die christlich-fundamentalistische Sekte „Faderhus" verkauft, die in dem Ort alternativer Stadtkultur eine Bedrohung ihres totalitären Weltbilds sah.

Als Antwort auf die Räumung entwickeln sich in Kopenhagen die schwersten Straßenschlachten der jüngeren dänischen Geschichte. Das ganze Jahr 2007 mobilisieren dänische und internationale Aktivist_innen immer wieder in die dänische Hauptstadt, um für ein neues Jugendzentrum zu kämpfen, dabei kommt es zu teils heftigen Auseinandersetzungen. Die Kopenhagener Polizei kommt nach eigenen Aussagen an die Grenze ihrer Belastbarkeit.

März 2008: Nach einem Jahr permanenter Mobiliserungen und zäher Verhandlungen mit der Stadtregierung verkünden Kopenhagener Aktivist_innen: Es gibt ein neues Haus, der Kampf war erfolgreich.

Der Hamburger Autor Peter Birke hat zu den Ereignissen in Kopenhagen ein Buch veröffentlicht, das die Hintergründe der Auseinandersetzungen beleuchtet: Stadtumstrukturierung, Gentrification, Vertreibung und natürlich die Protagonist_innen der Bewegung für unkommerzielle Freiräume in Kopenhagen zu Wort kommen lässt.

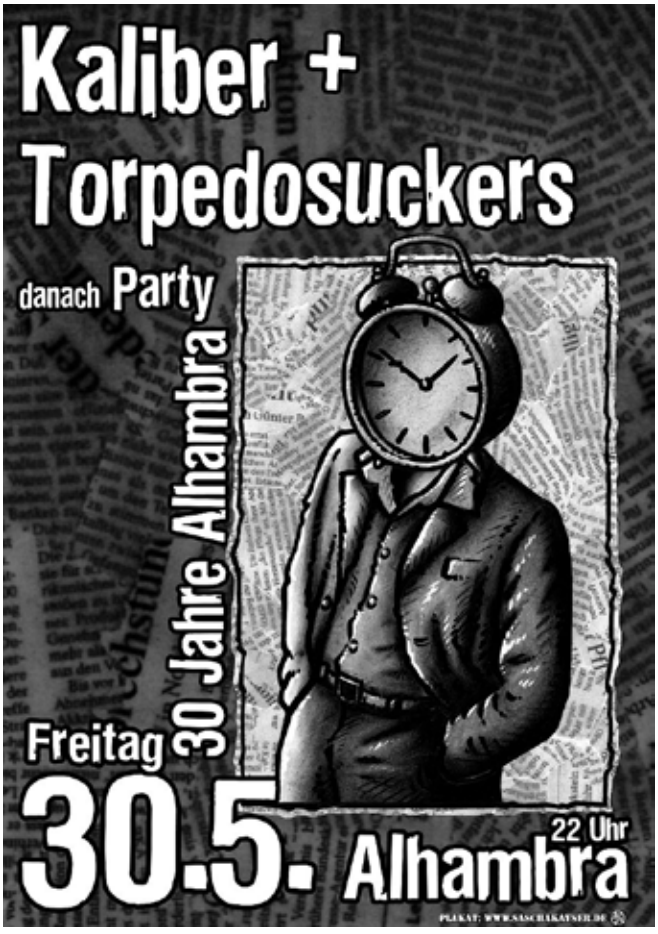
Sonntag 25. Mai, 20h

Sputnikkonzert – 30 Jahre Alhambra

Kaliber (Ol)
sind seit 1999 am Start. Die Vorliebe für druckvolle Gitarrenmusik sowie eine gewisse Experimentierfreude fügte sich zu dem, was den Stil der Jungs ausmacht: Independentrock, Punkrock und 'ne Prise Pop , zusammengebraut im Proberaum mit viel Energie, einer Prise Melancholie und ordentlich Dezibel

The Torpedosuckers (B)
Dreckiger, lauter, schneller Rock'n'Roll aus Berlin (Friedrichshain, Kreuzberg) – alle lieben sie, besonders die Nachbarn!

Danach Party mit ausgewählter Musik von bekanntem DJ (Ol)

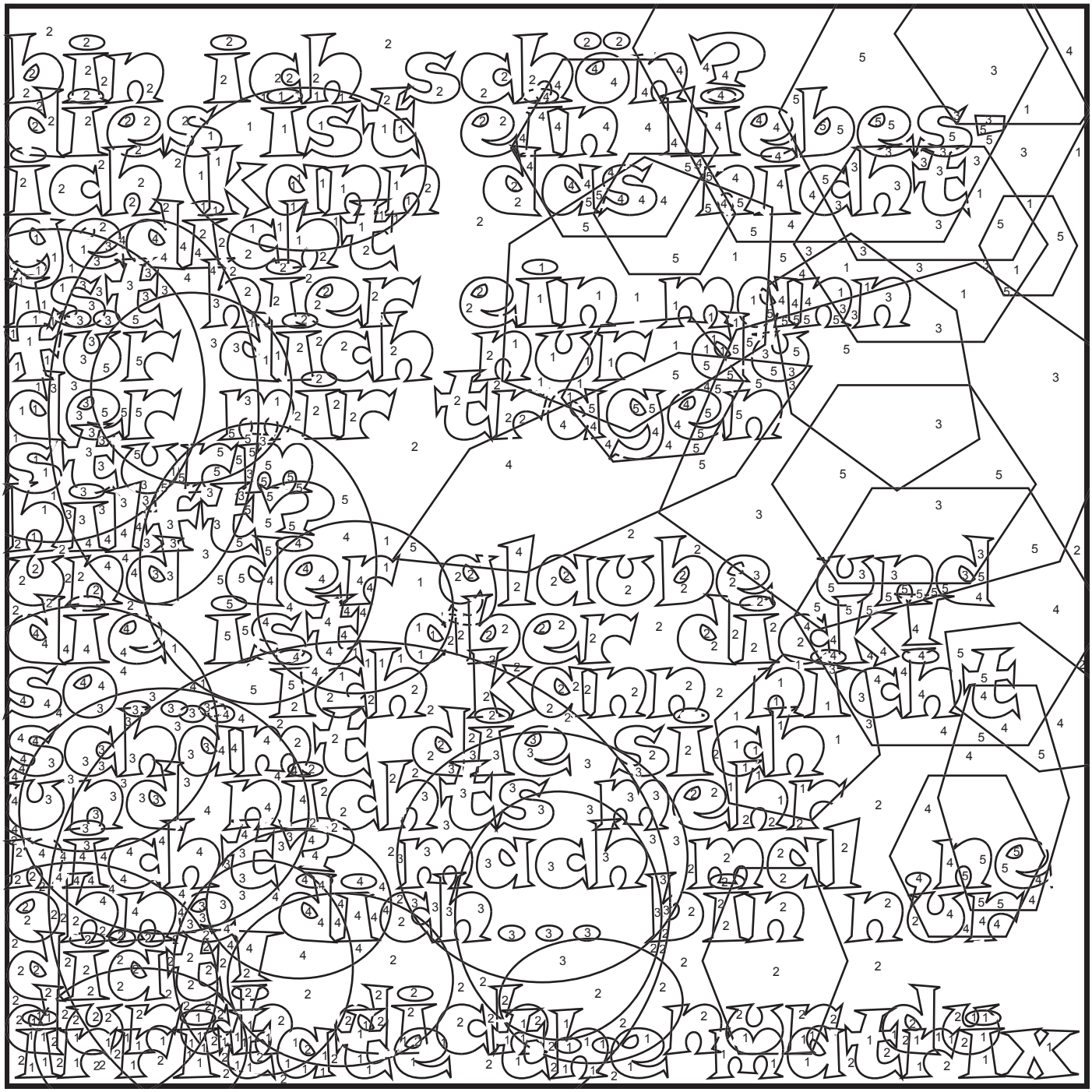


malen nach zahlen!

...weil zuviel Text ja auch nicht gelesen wird und wir alle gerne mal Ablenkung suchen, hier ein kleines Spiel für zwischendurch.
Die Regeln: Suche Dir Stifte, 5 verschiedene Farben,oder 3 wenn Du zu den ungeduldigen Menschen gehörst (dann darfst du die selbe Farbe für die Nummern 3, 4 & 5 verwenden). Lege fest, welche Farbe für welche Nummer verwendet werden soll, markiere die Übungs- und Orientierungsfelder über'm Bild und jetzt werden alle Felder unten SORGFÄLTIG in den jeweiligen Farben ausgemalt, die durch die Nummern festgelegt wurden...

Viel Spaß wünscht euch dabei das FemPlen!

1 2 3 4 5



Mai

Do.	1.5.	12:00	Autonome 1. Mai Demo Kaiserstraße, danach Straßenfest vor dem Alhambra
Fr.	2.5.	20:00	Change Begins With You! – Festival Vol.1: Paradox + Alarmsignal + Narcolapdic + Die Bilanz + The Vaders
Sa.	3.5.	22:00	Lesbischwule Mottoparty: Pink Heaven mit Queer Dating
Di.	6.5.	20:00	Subklub: Haare schneiden!
Mi.	7.5.	20:00	Frauen-Lesben Kneipe: Bücher- und Klamottentausch
Sa.	10.5.	22:00	Frauendisko ‚Die Sufragetten'
So.	11.5.	21:00	Konzert: Alif Sound System + Chaoze One + Lotta C
Mo.	12.5.	20:30	Lesung: Gabriel Kuhn „Neuer Anarchismus in den USA"
Di.	13.5.	20:30	Veranstaltung: Soc - Gewerkschaftskämpfe der illegalisierten LandarbeiterInnen in Andalusien
Mi.	14.5.	20:30	Veranstaltung: Die großen Streiks: Episoden aus dem Klassenkampf
Fr.	16.5.	23:00	Teonanacatl (Psy Trance)
Sa.	17.5.	22:00	Männerfabrik
So.	18.5.	20:00	Saal: Keine Kleinkunst große Gala
		danach	Kneipe: Crush Hour Concerts: La Casa Fantom
Di.	20.5.	20:00	Subklub Veranstaltung: Matriachate
Mi.	21.5.	20:30	30 Jahre Alhambra – Filmriß zeigt: Yes I am
Fr.	23.5.	22:00	StepStepStep-Party Nr. 10
Sa.	24.5.	22:00	CSD-Opening-Party
So.	25.5.	20:00	Lesung: Freiraum-Kämpfe Kopenhagen
Di.	27.5.	20:00	Subklub: Häuserkampf
Do.	29.5.	22:00	Crush Hour Concerts: Hevn (Norwegen)
Fr.	30.5.	21:00	Sputnikkonzert: Kaliber + Torpedosuckers
Sa.	31.5.	22:00	Rosa Disco

Juni

Fr.	6.6.	22:00	Mash up di place
Sa.	7.6.	22:00	Homophilias
Di.	10.6.	20:00	Subklub Veranstaltung „Schwule Nazis und der Rechtsruck in Gesellschaft und schwuler Szene" Lesung und Diskussion mit Markus Bernhardt.
Sa.	14.6.	21:00	Konzert: Strike anywhere
Di.	17.06.	20:00	Subklub Indie
Fr.	20.6.	23:00	Mitternachtstraum (Goa-Party)
Sa.	21.6.	22:00	Männerfabrik
Do.	26.6.	22:00	Fachschaft-Party Sonderpädagogik
Fr.	27.6.	22:00	Ska-Konzert mit 6 Bands
Sa.	28.6.	22:00	Rosa Disco

Wöchentlich

Mo.	19:00	Archiv
Mo.	19:00	Antiraplenum OI/BI (nur in geraden Wochen)
Mo.	19:30	Crush Hour Concerts
Mo.	20:30	Antifa-Café
Di.	20:00	Subklub
Do.	17:00	Infoladen
Do.	20:00	Vokü, danach Kneipe
Do.	21:00	Rechtshilfe

Monatlich

1. Mi.	20:00	FrauenLesbenKneipe
2. Mo.	20:00	Politische Werkstatt
2. Fr.	20:30	NutzerInnenplenum